



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Vermischte Literatur.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Bermischte Literatur.

Baden unter den Großherzogen Karl Friedrich, Karl, Ludwig 1738—1830. Acht öffentliche Vorträge von Friedrich v. Weech. Freiburg i. Br. Fr. Wagnersche Buchhandlung, 1863. 109 S.

Eine sehr lesenwerthe kleine Schrift, inhaltreich, mancherlei Neues zur Charakteristik der vom Titel genannten badischen Regenten und ihrer Minister enthaltend, außerdem anziehend geschrieben. Von besonderem Interesse sind die Abschnitte, welche die diplomatischen Kämpfe um die Erhaltung des badischen Territoriums gegen die Ansprüche Bayerns auf den Norden des Großherzogthums schildern, Ansprüche, die sich theils auf den zwischen Oestreich und Bayern am 3. Juni 1814 zu Paris abgeschlossenen Separatvertrag, theils auf Rechte gründeten, welche aus dem Erbchaftstreit um die Grafschaft Sponheim hergeleitet wurden. Auch die Art und Weise, wie Baden zu einer Verfassung kam, zum Theil mit jenem Kampf zusammenhängend, und die ersten Stadien constitutionellen Lebens unter Großherzog Ludwig, von dem sich heiläufig noch mehr Ungünstiges hätte beibringen lassen, als der Verfasser für gut befunden hat, sind gut dargestellt. Sehr bezeichnend für die Denkart damaliger deutscher Fürsten ist der S. 38 mitgetheilte Brief des Großherzogs Karl an Napoleon, dessen Concept dem Verfasser vorlag, und in welchem jener sich über seine Vermählung mit der Adoptivtochter des Kaisers, der nachmaligen Großherzogin Stephanie, und die Erwartungen, die er an diesen Act knüpfte, in äußerst charakteristischen Worten äußert. Er hatte diese Heirath aus rein politischen Gründen und ohne Neigung geschlossen. Nur die Hoffnung, durch dieselbe sein Land und seine Macht zu vergrößern, hatte ihn dazu bewogen. „Ich betrachtete meine Verheirathung als eine Sache der Politik, und ich kann sie nicht anders betrachten“, schreibt er in jenem Briefe an Napoleon, der wahrscheinlich aus dem Jahre 1808 ist. Nicht nur die Markgräfin-Mutter, „eine Charakterfeste, starksinnige Frau, voll Ehrgeiz und Selbstgefühl“, wie sie ein Zeitgenosse nennt, auch andere Familienglieder hatten sich gegen diese Verbindung erklärt, die sie nicht für standesgemäß hielten. Die Kaiserin von Rußland vor Allem — „sie will sich nicht mehr als meine Schwester ansehen“, heißt es in dem Briefe. „Ich weiß es, da sie es mir geschrieben hat“, worauf Karl fortfährt: „Ich wußte von Anfang an, daß ich mich durch die Verbindung mit Ihrem Hause von allen andern trennen würde.“ — „Ew. Majestät,“ sagt er an einer andern Stelle, „gaben meinem Großvater, meiner Mutter und mir schöne Versprechungen. Wir sollten durch das erste Object, welches disponibel würde, vergrößert werden“. Zuerst habe man in Karlsruhe an das Herzogthum Berg gedacht, wirft er dem Kaiser vor — darüber sei aber anders verfügt worden. Dann an Nürnberg und Frankfurt — „auch kein Erfolg.“ Ferner an Aschaffenburg — „es ist für einen andern Ihrer Verwandten bestimmt.“ An Neuchâtel, „welches uns seit hundert Jahren gehören sollte — es ist für einen Ihrer Minister bestimmt.“ — Endlich habe der Kaiser das fürstbergische Gebiet zugesagt, da aber habe es sich

nur um eine allgemeine Maßregel gehandelt, „où nous n'aurons pas l'avantage d'un pouce de terrain sur un de nos deux voisins. Dann fährt er fort: „L'objet qui me tient le plus au coeur, celui de recouvrer la Suisse, qui autrefois appartenait à nos ancêtres (!), c'est écarté dans le commencement, puis présenté comme plausible et faisable, et maintenant V. M. me dit, que l'affaire ne paraît pas s'arranger.“ Und darauf kommt er zum Schluß noch einmal zurück, indem er sagt: „Je ne m'abuse point sur le changement des destinées de la Suisse; aussi me contenterai-je, si V. M. veut seulement me faire emporter sa promesse, que si ce pays change de forme, il ne sera donné à d'autres que moi.“

Neue politische Broschüren. — „Dänische Rechte und deutsche Schwäche“. Coburg, F. Streitz Verlagsbuchhandlung. 1863. 54 S. Gute Darstellung des Verfahrens der dänischen Regierung gegen Schleswig-Holstein von 1852 bis auf die Gegenwart, zuletzt eine kräftig gehaltene Empfehlung der Execution nebst Widerlegung derer, welche diese Maßregel als unnütz oder gefährlich bekämpfen. Man vergleiche dazu: „Die Vorgänge in der jüngsten Diät der schleswigschen Ständeversammlung. Nebst einem Rechtsgutachten des Spruchcollegiums der Universität Kiel“. Hamburg, D. Meißner. — „Die Verfassungs-urkunde für den preussischen Staat vom 31. Januar 1850“. Leipzig, J. G. Mittler 1863. 112 S. Begleitet die Paragraphen der Verfassung mit ausführlichen erläuternden Anmerkungen, Parallelen aus dem Landrecht, den deutschen Grundrechten, der deutschen Reichsverfassung u. s. w. und gibt zum Schluß die Gesetze und Verordnungen über die Bildung der beiden Häuser des Landtags, womit es sich als populäres Nachschlagebüchlein bestens empfiehlt; doch könnte hin und wieder der Ausdruck gewählt sein. — „Was sollen die Beamten jetzt thun?“ Von Dr. A. Zimmermann. Berlin, 1863. A. Jonas. Bezieht sich auf die Verordnung des preussischen Ministers des Innern vom 24. September d. J. und kommt zu dem Schluß, daß es die Pflicht des liberalen preussischen Beamten ist, „auf seinem Posten auszuharren, und, so lange man ihn dort stehen läßt, seiner Ansicht unverbrüchlich zu folgen, natürlich mit der Umsicht und Mäßigung und dem Fernbleiben von allen persönlichen Einmischungen, von welchen sich überhaupt jeder, vornehmlich aber der Beamte freihalten sollte“. Wir schließen uns dem Gedankengang des Verfassers an; aber was versteht er unter persönlichen Einmischungen? — „Polens Untergang und Wiederherstellung“. Von D. Agricola. Gotha, F. A. Perthes. 1863. 124 S. Allen, welche für die Wiederherstellung eines polnischen Staats schwärmen, als gute Zusammenstellung der Gründe, welche gegen diesen Wunsch sprechen, angelegentlich zu empfehlen. Das Geschichtliche der Frage ist aus Sybel und Herrmann entlehnt. Durchaus verständig ist, was der Verfasser über die Stellung Preußens und Oesterreichs zu einander und zu Polen und Rußland bemerkt.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Moriz Busch.

Verlag von F. A. Herbig. — Druck von C. E. Ulbert in Leipzig.